

Überlegungen zur gegenwärtigen Lage

Das Wahlergebnis vom 24. September war für viele ein Schock. Eine völlige Überraschung konnte es nicht sein, unabhängig von den Voraussagen. Selbst wenn die SPD einige Prozente mehr erhalten hätte, wären grundsätzliche Überlegungen erforderlich gewesen. Die Chance liegt jetzt darin, dass wir davor nicht mehr die Augen verschließen können.

I. Ursachen der Wahlniederlage

Eine Reihe von Ursachen der Wahlniederlage 2017 liegt in politischen und persönlichen Konstellationen der letzten Jahre in Deutschland:

In den **faktisch 12 Jahren der großen Koalition** (trotz vier Jahre Opposition dazwischen, in denen die SPD faktisch europapolitisch und wirtschaftspolitisch aber wie eine Großkoalitionärin gehandelt hat) hat die SPD für eine entscheidende Zahl von Wählern ihre politische Eigenständigkeit verloren. Dazu trugen massive Enttäuschungen wegen der Agenda 2010 ebenso bei wie die „sozialdemokratisierende“ Politik der Kanzlerin und – wichtig! - die immer wieder massive Abgrenzung der SPD-Fraktion im Bundestag gegen die Linke (auf Länderebene war das anders). De facto stellte sich die SPD damit öffentlich auf die Seite der CDU (und wurde auch so wahrgenommen), die als größere Partei mit der Kanzlerin die Meriten der Großen Koalitionen erntete. (Der ständige Niedergang der SPD war deshalb logisch und erwartbar, und er bleibt es auch in der Opposition, wenn die SPD jetzt ihre Politik nicht grundlegend ändert, z.B. einfach Ruhe gibt in der Auseinandersetzung mit der Linken und sich auf die Union als Gegnerin konzentriert.)

Das Verhalten der SPD resultierte – hier liegt auch der tiefere Grund für den Niedergang der gesamten europäischen Sozialdemokratie - aus einem Mangel an eigenständiger, theoretisch untermauerter Wirtschaftspolitik und – damit zusammenhängend – Europapolitik. Hier ist auch heute noch kein klares sozialdemokratisches Profil der SPD erkennbar, hinter dem die ganze Partei stünde. Deshalb ist es jetzt entscheidend, dieses Profil so innerhalb der Partei zu erarbeiten, dass die SPD wieder an einem Strang ziehen und die Wählerinnen und Wähler überzeugen kann. Dafür trägt sie, auch wegen ihres Gewichts in Europa, eine europäische Verantwortung, für Europa und die europäische Sozialdemokratie.

Der Rückgang der Sozialdemokratie in ganz Europa wird erst überwunden werden, wenn es den **Sozialdemokraten gelingt, auf die deregulierte**

ökonomische Globalisierung eine politische, ökonomische, soziale und kulturelle Antwort zu finden, die sie als profilierte und aussichtsreiche, zugleich realistische politische Kraft mit überzeugenden Persönlichkeiten im Sinne ihrer Grundwerte öffentlich erkennbar macht.

II. Folgerungen für eine neue Politik

Grundlegend für eine solche Antwort ist eine **Vision** von einem gelungenen Leben, das für alle Menschen auf der Welt sinnvoll und erreichbar sein muss. Über das eigene Leben frei entscheiden zu können, angesichts der gegenseitigen sozialen Abhängigkeiten auf einen gerechten Ausgleich zu achten und Solidarität zu praktizieren – dies sind sozialdemokratische Leitlinien für ein gelungenes Leben. Dafür wollen Sozialdemokraten überall in der Welt, nicht nur in ihrem Wahlkreis, die Voraussetzungen schaffen helfen. Der Geist des historischen Internationalismus zeigt sich heute in der Grundhaltung, alle lokalen Herausforderungen in den globalen Zusammenhängen zu sehen. Nicht nur aus moralischen Gründen, sondern auch aus wohlverstandem eigenem Interesse. Abschottung steht in fundamentalem Gegensatz zur Sozialdemokratischen Tradition und zu den Chancen erfolgreicher sozialdemokratischer Politik.

Entscheidende **Instrumente** sozialdemokratischer Politik waren immer demokratische Organisation (Parteien, Gewerkschaften, „Vorfeld“-Vereine) und vor allem der demokratische (National)Staat - nicht wirtschaftliche oder aus historischen Privilegien stammende Macht. Beide Instrumente bleiben wichtig, müssen aber erheblich ergänzt werden, weil die Welt sich verändert hat. Vor allem die politische Reichweite der Nationalstaaten ist deutlich zurückgegangen, rechtlich sind die Staaten aber noch stark und vor allem kulturell für viele Menschen noch wesentlich.

Die transnationalen Herausforderungen müssen in der EU und **global transnational** angegangen werden. Zugleich müssen die Gemeinden, als Orte des alltäglichen Lebens, erheblicher Wirtschaftstätigkeit und konkreter institutionalisierter Bürgerbeteiligung gestärkt und durch beratende Bürgergremien (Multi-stakeholder-Governance oder konstituiert durch Losverfahren) ergänzt werden, um Partizipation zu erweitern und legale und faktische Legitimation in unserer Demokratie wieder besser zusammenzubringen.

In diese Richtung geht ein weltweiter Trend. Durch die Verbindung von globaler Orientierung und lokaler partizipatorischer Umsetzung kann die Identifikation mit demokratischer und mit sozialdemokratischer Politik erneuert werden.

Die entscheidene – auch finanzielle – Stärkung der Gemeinden (auch auf dem Land, das nicht abgehängt werden darf!) und der Städte liegt in der Tradition eines dezentralen Sozialismus. Sie kann mit der weiteren sozialistischen Tradition der Genossenschaften, die derzeit sehr im Aufwind sind (Wohnungen, aber auch Unternehmen), gut verbunden werden.

Neben der **Kombination von global und lokal** muss die SPD inhaltlich vor allem auf eine **enge Verknüpfung von Gerechtigkeits- und Klima/Energie/Umweltfragen** zielen. Eine der wichtigen Implikationen dabei muss bewusst gemacht werden: Klimaschutz geht nur wenn es zwischen Nord und Süd und innerhalb beider wieder gerechter wird. Radikale Erneuerungen der Wirtschaftsstrukturen provozieren Brüche, die durch Bildung und soziale Sicherung abgefedert werden müssen, um den sozialen Frieden zu erhalten. Und - damit zusammenhängend - Klimaschutz geht nicht rein technologisch, sondern braucht Bürgerteilhabe. Der starke Trend seit der europäischen frühen Neuzeit: Wandel von oben durch steuernde politische Herrschaft, Technologie und Kontrolle zu bewirken, hat keine Chancen mehr. Es geht nur über – regulierte – freiwillige Kooperation und Vernetzung. **Ökologie und Gerechtigkeit gehören untrennbar zusammen**. In dieser festen Verbindung unterscheidet sich die SPD von den Grünen. **Die SPD muss die entschiedene Freiheits- und Partizipationspartei für einen gerechten und solidarischen Wandel sein, gegen die aktuelle Versuchung, Demokratie durch Technokratie zu ersetzen. Dazu muss sie auch eigene Gewohnheiten und Neigungen überwinden!**

Das geht nur auf der Basis eines **Menschenbildes**, das den Bürgerinnen und Bürgern ein Grundvertrauen in ihre Fähigkeit zu demokratischer Kooperation entgegenbringt. Das steht dem autoritären Menschenbild der Konservativen und Rechten diametral entgegen. Das nämlich setzt auf Druck und Angst und ist auch einer Reihe von Sozialdemokraten bewusst oder unbewusst eigen. Darüber müssen sich Sozialdemokraten klar werden.

Entscheidend für einen neuen Erfolg ist unsere Antwort darauf, wie wir die ökonomische Globalisierung politisch – d.h. sozial gerecht und ökologisch – gestalten. Welche Instrumente, welche Verfahren, welche Akteure? Welche strategischen realistischen Antworten haben wir auf den von uns programmatisch kritisierten Neoliberalismus?

Die Godesberger Zustimmung zur Marktwirtschaft muss um eine wirtschaftspolitische Strategie ergänzt werden, die den Kapitalismus über den Nationalstaat hinaus, der der sozialen Marktwirtschaft (dem Rheinischen Kapitalismus) theoretisch und faktisch zugrunde lag, transnational wieder zähmt, und zwar weltweit. Das haben wir bisher nicht geschafft, und der Neoliberalismus hat es nicht gewollt. Das ist theoretisch schwer und verletzt

mächtige Interessen. Aber dafür gibt es auch – über unsere engere Anhängerschaft hinaus - eine zunehmende Unterstützung unter den Bürgerinnen und Bürgern weltweit und theoretische wie praktische Ansätze. Ziel darf nicht eine bessere neoliberale Politik (Gerhard Schröder), sondern muss deren sozialdemokratische Ablösung sein.

Das traditionelle Mittel der Verstaatlichung, das gegenwärtig von Corbyn propagiert wird und ihm viel Zustimmung bringt, erscheint dafür langfristig ungeeignet. Es wird z.T. auch in Deutschland von der Linken vertreten. Es schwächt die Initiativebereitschaft, übersieht das Bürokratie- und Korruptionsrisiko und konzentriert sich wieder auf den Nationalstaat, der es in der Globalisierung nicht schaffen kann.

Statt dessen sollten Transnationalität, Dezentralisierung, Teilhabe, Transparenz und kooperativ-solidarische Verfahren unsere Politik der Bändigung des globalen Kapitalismus leiten. Dabei haben wir die Chance, in der EU viele Anknüpfungspunkte zu finden, wenn wir deren Institutionen nicht neoliberal und nationalistisch handhaben. Auch der französische Präsident Macron bietet hier eine wertvolle mögliche Partnerschaft an.

Bändigung des Kapitalismus, den manche aktuell als wesentlich „digitalen Kapitalismus“ bezeichnen, muss weiter ausbuchstabiert heißen: Arbeitslosigkeit überwinden zugunsten „guter“ Arbeit, umweltverträgliche gemeinsame Investitionen tätigen, öffentliche Güter wie Bildung, Gesundheit, Wohnen, Absicherung von Lebensrisiken, Rechtsstaatlichkeit transnational organisieren, ohne zu uniformieren, kulturelle Bildung um ihrer selbst und um der sozialen und ökonomischen Innovationen willen fördern, Menschlichkeit, Vielfalt und Solidarität zwischen den Menschen politisch und kulturell unterstützen.

Instrumente können in der EU sein: Angleichung der Unternehmenssteuern und Einführung der Transaktionssteuer in Europa, finanzielle Stärkung der Kommunen zur Umsetzung sozialökologischen Wandels und zugunsten von kommunaler, Multi-Stakeholder-basierter (nicht nur staatlicher!!) Entwicklungszusammenarbeit, technologische und soziale Innovationen fördern, finanzielle Unterstützung vor allem im personalen Bereich der Bildung.

Für eine klar profilierte, erkennbare und praktisch erfolgversprechende wirtschaftspolitische Alternative zum Neoliberalismus braucht die SPD jetzt dringend

1. eine scharfsinnige theoretische und empirische Auseinandersetzung mit der sog. „Angebotstheorie“ im Unterschied zur „Nachfragestheorie“, in der

sie Einwände gegen ihre eigenen Positionen ernst nimmt. Hier ist auch die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften essentiell. Und

2. sie muss sich mit den marktradikalen (Haushalts-)-Gleichgewichtstheorien auseinandersetzen. Das ist auch dringend notwendig, um innerhalb der SPD zu einem einheitlichen Verständnis von Wirtschaftspolitik zu kommen.

Die Folgen der „Angebotstheorie“ seit 30 Jahren: Unterminierung der Gewerkschaften, der sozialen Sicherung der Arbeitnehmer, der Verlässlichkeit von Arbeit; Beförderung von Krisen durch Zersetzung der sozialen Stabilisatoren, enorme Steigerung von Ungleichheit, Flächen deckende Verunsicherung der Menschen, Unterminierung ihres Selbstwertgefühls, Förderung des Nationalismus und Menschen verachtenden Rechtsextremismus. Die Menschen geben die Verachtung an die Politik weiter, die sie in der wettbewerbsfixierten unregulierten Gestalt der kapitalistischen Wirtschaft erfahren und beobachten, auch wenn sie selbst noch materiell gesichert sind. Ein Ziel könnte sein, Keynes' Theorien unter der Bedingung der Globalisierung weiterzuentwickeln. Die Gefahr von Verschuldung (moral hazard) und von Strohfeuer-Investitionen muss ernst genommen werden, aber sie darf nicht alles dominieren.

III. Praktische Konsequenzen

Diese prinzipiellen neuen Weichenstellungen müssen schnell und zugleich intensiv erarbeitet werden. Danach brauchen wir die Abgleichung mit unseren Einzelpolitiken, die z.T. durchaus überzeugend sind, aber öffentlich plausibel als Konsequenz eines alternativen strategischen Zusammenhangs ausgewiesen werden müssen. Motto: Für die politische Gestaltung der Globalisierung brauchen wir den Vorrang des öffentlich vor dem privaten Interesse.

Vorschläge für Praktische Folgerungen:

1. Ganztägige gut vorbereitete SPD-Klausuren mit der Grundwertekommission (und mit anderen) zur Wirtschafts- und Haushaltspolitik, zur Europapolitik und zur globalen sozialökologischen Entwicklung und überall zum sozialdemokratischen Menschenbild.
2. Klausuren zu den drei Themen mit der GWK und den drei parlamentarischen Gruppen; danach vielleicht öffentliche Veranstaltungen der Fraktion zu den Themen.
3. Die SPD oder die Fraktion sollte parallel dazu schnell auf Macrons Rede reagieren und europapolitische Kooperationsangebote machen. Sie kann das jetzt schon vor der Koalitionsbildung machen und damit eine Agenda setzen. Dabei kann man ihr nicht vorwerfen, dass sie das vorher schon in der Großen Koalition hätte vorschlagen sollen.

Außerdem kann sie dabei konkret ihre alternative wirtschafts- und europapolitische Position entwickeln. Gustav Horn hat dazu einen Vorschlag entwickelt den ich anhänge.

4. Zur Wahl- und Koalitionsarithmetik:

Was wäre denn ein Wahlergebnis im Bund, das wir anstreben sollten? Willy Brandts Glanzergebnis 1972 war knapp 46%. Wollen wir sie wieder erreichen, trotz Grünen und Linker? Wollen wir zurück in die siebziger Jahre mit einem Dreiparteiensystem? Wollen wir die Grünen wieder aus dem Bundestag bringen? Die meisten wohl nicht. Wollen wir die Linke wieder aus dem Bundestag bringen? Viele Sozialdemokraten schon noch. Ist dieser Wunsch realistisch? Nein.

Wollen wir in Deutschland Politik gestalten? Ja. Können wir erwarten, dass SPD und Grüne allein in Zukunft eine Mehrheit im Bundestag erhalten? Nein. Können wir Politik als Juniorpartner in einer großen Koalition gestalten? Nein. Wollen wir das als Seniorpartner in einer großen Koalition? Nein.

Was bleibt als realistische Option für die SPD, um politisch in Deutschland zu gestalten? Rot-rot- grün. Oder ist rot-gelb-grün eine Alternative? Darauf hoffen diejenigen Sozialdemokraten, die die Linke aus dem Bundestag entfernen wollen.

Hinsichtlich demokratischer Partizipation könnte man langfristig eine Brücke zur FDP als Freiheits- und Bürgerpartei bauen. Aber gegenwärtig kehrt sie zum kruden, antistaatlichen marktradikalen Neoliberalismus zurück. Damit steht sie einem neuen sozialdemokratischen Profil, das wir unbedingt klar profiliert und unverwässert brauchen, strikt entgegen. Ob sie als vierte Partei in einer rot-rot-grünen Koalition konstruktiv mitarbeiten könnte, für den Fall dass Jamaika nicht zustande kommt oder sich in der Regierungsarbeit blockiert, müsste gegebenenfalls sondiert werden.